

Bundes Eltern Rat

Gemeinsam für beste Bildung



Tätigkeitsbericht 2018

Inhalt

Tätigkeitsbericht 2018

Editorial	3
Bundeselternrat - Mitglieder - Gremien	4
Bundeselternrat - Leitbild	6
Bundeselternrat - Finanzierung	8
Schwerpunkte 2018	10
Tagungen 2018 - Übersicht	12
♦ Planungstagung	13
♦ Fachtagung 01	14
♦ Fachtagung 02	18
♦ Fachtagung 03	20
♦ Frühjahrsplenartagung	22
♦ Herbstplenartagung	24
Vorstand - Aktivitäten	26
didacta 2018	28
Tätigkeitsberichte - Fachausschüsse	29
♦ Fachausschuss Grundschule und frühkindliche Bildung	30
♦ Fachausschuss Berufsbildende Schule	31
♦ Fachausschuss Hauptschule	32
♦ Fachausschuss Gesamtschule	33
♦ Fachausschuss Förderschule	34
♦ Fachausschuss Gymnasium	35
♦ Fachausschuss Realschule	
Termine 2019	36
Ausblick 2019	37
Partner und Unterstützer	38
Impressum	39

Editorial

Tätigkeitsbericht 2018



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

„Vertrauen, Offenheit und Mut – Bausteine für ein gutes Zusammenleben“. Mit diesen Zeilen begrüßte ich Sie zu unserem letzten Tätigkeitsbericht. Vertrauen, Offenheit und Mut fehlte den Verantwortlichen in der Bildungsrepublik Deutschland leider zu oft.

Digitalisierung, Ganztagsangebote, Inklusion und marode Schulgebäude prägen nunmehr seit einigen Jahren die Bildungslandschaft Deutschlands. Wenn auch der Koalitionsvertrag als Ergebnis der letzten Bundestagswahlen bei den meisten Akteuren im Bildungsbereich eine Euphorie ausgelöst hat, mussten wir leider erkennen, dass die Umsetzung der gut gemeinten Ziele noch viel Arbeit benötigt.

Bund, Länder und Kommunen müssen endlich gemeinsam die Baustellen der Bildungspolitik in Deutschland angehen und hierbei vor allem die Betroffenen gezielt in den Blickwinkel nehmen. Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte und multiprofessionelle Teams und auch wir Eltern haben klare Vorstellungen von dem, was möglich sein muss, um beste Bildung für alle zu erreichen. Wir haben Verständnis für die rechtlichen Rahmenbedingungen, die sein müssen, aber wir dürfen hierbei nicht das eigentliche Ziel und die bestehenden Defizite aus den Augen verlieren.

„Gemeinsam für beste Bildung“; dies müssen alle im Bildungsbereich Verantwortliche beherzigen und auch leben. Wir dürfen die Probleme und Baustellen im Bildungsbereich nicht länger vor uns herschieben, sondern wir müssen Entscheidungen treffen und ggf. auch mal Rückschläge hinnehmen.

Wir stehen beinahe täglich mit allen Beteiligten und Verantwortlichen im Bildungsbereich im Austausch und erkennen auch die gemeinsamen Bemühungen und Ergebnisse. Dennoch bedarf die aktuelle Situation noch deutlich mehr Entschlossenheit hier die richtigen und wegweisenden Entscheidungen zu treffen. Der Bundeselternrat als Dachorganisation der Landeselternbeiräte mit seinen Delegierten und allen angeschlossenen Elternvertreterinnen und Elternvertreter sind bereit hier aktiv mitzuarbeiten und mitzustreiten. Lassen Sie uns weiterhin gemeinsam streiten und Ideen entwickeln, damit die vor zehn Jahren angekündigte Bildungsrepublik endlich auch starten kann.

Wir blicken bei unserem Engagement nicht nur in die Fläche und die Großzentren Deutschlands, sondern schauen hierbei auch in das benachbarte Ausland und pflegen hier den Austausch. Auch wenn der Föderalismus eine bundesdeutsche Besonderheit ist, so haben unsere europäischen Nachbarn einige gute Ansätze, bei denen es sich lohnt näher hinzuschauen.

Unser gemeinsames Ziel ist es die Bildungslandschaft in Deutschland zu organisieren, zu modernisieren und zu gestalten. In unserem Tätigkeitsbericht können Sie einige Ausschnitte unserer vielfältigen Arbeit Revue passieren lassen. Engagieren Sie sich weiterhin gemeinsam mit uns für die beste Bildung unserer Kinder.

Ich danke Ihnen allen für Ihren großartigen Einsatz für beste Bildung in Deutschland und freue mich, wenn Sie gemeinsam mit dem Bundeselternrat Bildung gestalten.

Stephan Wassmuth
Vorsitzender

Bundeselternrat

Mitglieder und Organe

Mitglieder

Über die satzungsgemäße Mitgliedschaft sind alle 16 Bundesländer vertreten. Sie nehmen in den Organen ihre Stimmrechte wahr.

Organe und Aufgaben

I. Die Delegiertenversammlung

- ◆ Beschlussfassung über die Satzung, Geschäftsordnung, Wahlordnung und Finanzordnung des BER,
- ◆ Wahl und Abberufung des Vorstands,
- ◆ Wahl der Finanzprüfer/innen,
- ◆ Entlastung des Vorstands,
- ◆ Genehmigung des geprüften Jahresabschlusses,
- ◆ Beschlussfassung über die Höhe der Beitragseinheit,
- ◆ Bestätigung des vom Vorstand vorgeschlagenen EPA-Delegierten,
- ◆ Einrichtung von bis zu sieben Fachausschüssen und Entscheidung über deren Auflösung,
- ◆ Beschlussfassung über das Leitbild.

II. Der Hauptausschuss

Er setzt sich aus den Ländervertretern, den Ausschussvorsitzenden und dem Vorstand zusammen. Der Hauptausschuss wird durch den Vorsitzenden geleitet.

- ◆ berät und unterstützt den Vorstand in allen satzungsgemäßen Aufgaben des BER,
- ◆ entscheidet über die Aufnahme oder den Ausschluss von Mitgliedern,
- ◆ legt die inhaltliche Arbeit des BER fest und beschließt die Durchführungen von Fachkongress, Seminaren, und die Einrichtung von Projekten und Arbeitsgruppen,
- ◆ nimmt den Finanzbericht entgegen und gibt eine Beschlussempfehlung für die Delegiertenversammlung ab,
- ◆ entscheidet über die Einrichtung einer Stelle eines/er hauptamtlichen Geschäftsführers/ in oder sonstiger Stellen,
- ◆ schlägt die Höhe der Beitragseinheit vor,
- ◆ genehmigt die Entscheidung des Vorstands über die Vertretung in nationalen und internationalen Gremien,
- ◆ entscheidet über die Einrichtung eines Fachbeirats und beruft die Mitglieder des Fachbeirats. Ferner entscheidet der Hauptausschuss über Beginn und Dauer der Arbeit des Fachbeirats.

III. Der Vorstand

- ◆ führt die Geschäfte des BER und verantwortet die Geschäftsstelle, vertritt den BER nach außen,
- ◆ Im Rechtsverkehr wird der BER durch zwei Vorstandsmitglieder vertreten,
- ◆ arbeitet mit den Landeselternvertretungen zusammen,
- ◆ beruft die Delegiertenversammlung ein,
- ◆ legt gegenüber der Delegiertenversammlung jährlich einen Rechenschaftsbericht ab,
- ◆ beruft die Sitzungen des Hauptausschusses ein,
- ◆ führt die Beschlüsse des Hauptausschusses und der Delegiertenversammlung aus,

Bundeselternrat

Mitglieder und Organe

- ◆ bereitet in Zusammenarbeit mit den Fachausschüssen themenbezogene Projekte vor,
- ◆ bereitet Fachkongresse und Seminare vor,
- ◆ berichtet den Mitgliedern und Delegierten über die Ergebnisse der Arbeit der Fachausschüsse, Projekte und Arbeitsgruppen,
- ◆ entscheidet über die Mitgliedschaft und Vertretung in Gremien und Organisationen vorbehaltlich der Zustimmung des Hauptausschusses,
- ◆ sorgt dafür, dass das Leitbild regelmäßig evaluiert und weiterentwickelt wird.

Der Vorstand setzt sich 2018 wie folgt zusammen:

Vorsitzender:	Stephan Wassmuth (Hessen)
Stellvertreter:	Erika Takano-Forck (Berlin) Wolfgang Pabel (Niedersachsen) bis Mai 2018 Martina Richter (Mecklenburg-Vorpommern) Marc Keynejad (Hamburg) ab Mai 2018
Finanzen:	Michael Ulrich (Brandenburg)

Der aktuelle Vorstand setzt sich zusammen aus diesen fünf Gesichtern:



Marc Keynejad



Martina Richter



Stephan Wassmuth



Erika Takano-Forck



Michael Ulrich

Bundeselternrat

Leitbild

Präambel

Seit über 65 Jahren engagiert sich der Bundeselternrat über Ländergrenzen hinweg für die Mitbestimmung der Eltern in der Schule und damit für bessere Bildung. Das Leitbild basiert also auf jahrzehntelanger Erfahrung. Es dokumentiert das Selbstverständnis des Bundeselternrats, die Ziele und den Inhalt der Arbeit. Damit schafft es die Grundlage, künftige Herausforderungen zu meistern. An diesem Leitbild haben die Mitglieder mitgewirkt. Es ist ein Spiegel der Vielfalt und der Wertschätzung innerhalb der Arbeitsgemeinschaft.

Bundesweit – Für beste Bildung.

Der Bundeselternrat ist als freiwillige Arbeitsgemeinschaft der Landeselternvertretungen das Sprachrohr der Eltern auf Bundesebene. Gemeinsam mit seinen Mitgliedern und Kooperationspartnern setzt er sich für bessere Bildung in Deutschland ein.

Unabhängig – Nur Eltern und Kindern verpflichtet.

Der Bundeselternrat ist schulformunabhängig, überparteilich, überkonfessionell und nicht an Aufträge oder Weisungen gebunden. Er unterstützt die Elternvertreter bei der Wahrnehmung ihrer schulischen Mitwirkungsrechte und vernetzt sie auf Bundesebene. Er setzt sich dafür ein, dass Väter und Mütter kontinuierlich an der Entwicklung der Schule beteiligt werden.

Partizipation.

Elternmitbestimmung. Nur wenn Schulen gemeinsam mit Schülern und Eltern weiterentwickelt werden, werden sie zu guten Schulen. Der Bundeselternrat setzt sich deshalb für eine Schule ein, in der demokratische Beteiligung praktiziert wird.

Kooperation – Partner.

Tradition und Innovation gehören zum Selbstverständnis des Bundeselternrats. Er ist offen für Impulse aus Gesellschaft und Wissenschaft und sucht den Erfahrungsaustausch und die Zusammenarbeit mit anderen, ohne dabei seine eigenen Ziele aus den Augen zu verlieren. Die Mitglieder des Bundeselternrats legen großen Wert auf partnerschaftliche Zusammenarbeit innerhalb und außerhalb der Arbeitsgemeinschaft. Der Bundeselternrat beteiligt sich am Aufbau von Arbeitskreisen, Netzwerken und Verbänden. Er pflegt den Kontakt zu Verbänden und Institutionen und ist als Mitglied der European Parents' Association mit anderen Elternvertretungen in Europa vernetzt.

Bildungsgerechtigkeit – Individualität.

Jedes Kind, gleich welcher Herkunft und mit welchem Hintergrund, hat das Recht auf gleiche Chancen und damit das Recht auf bestmögliche Bildung. Für die Durchsetzung dieses Rechts setzt sich der Bundeselternrat ein. Individueller, auf das einzelne Kind zugeschnittener Unterricht ist die Grundlage für Bildungsgerechtigkeit und erfolgreiches Lernen. Deshalb fordert der Bundeselternrat, alle Lehrerinnen und Lehrer so aus- und fortzubilden, dass sie Kinder individuell fördern können.

Bildungsstandards – Für Chancengerechtigkeit.

Der Bundeselternrat fordert die Einführung länderübergreifend einheitlicher Bildungsstandards. Die Bewertung von Schülerleistungen nach einheitlichen Maßstäben liefert objektive Erkenntnisse über die Leistungsfähigkeit der einzelnen Schule und ist die Voraussetzung, Schule und Unterricht stetig zu verbessern.

Bundeselternrat

Leitbild

Ausbildung – Fortbildung.

Nur gut ausgebildete Menschen sollen in deutschen Schulen arbeiten. Der Bundeselternrat fordert eine länderübergreifend einheitliche Ausbildung und regelmäßige Fortbildung für alle an der Schule Beschäftigten (Lehrerinnen und Lehrer, Schulleiterinnen und Schulleiter, Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen, Erzieherinnen und Erzieher, Sekretärinnen und Sekretäre etc.), damit diese den sich ständig wandelnden Anforderungen gewachsen sind.

Föderalismus – Negative Folgen überwinden.

Der Bundeselternrat setzt sich für länderübergreifend einheitliche Rahmenbedingungen im Bildungswesen ein. Die negativen Auswirkungen des Bildungsföderalismus müssen überwunden werden, damit Schülerinnen und Schüler in ganz Deutschland die gleichen Chancen auf einen Studienplatz und/oder eine Berufsausbildung haben. Der Wechsel an eine Schule in einem anderen Bundesland muss reibungslos möglich sein.

Organisation und Arbeitsweise

Vielfältig – Demokratisch.

Der Bundeselternrat ist die Arbeitsgemeinschaft der Landeselternvertretungen der Bundesländer. Diese Struktur garantiert ein vielfältiges und demokratisches Innenleben und führt zu einem hohen Maß an Souveränität und Eigenverantwortung. Gleichzeitig stellt diese Art der Organisation eine Herausforderung im Entscheidungsfindungsprozess dar, die der Bundeselternrat gerne annimmt.

Meinungsvielfalt – Gleichberechtigung.

Kein Kind ist wie das andere, die Bedürfnisse aller Kinder sind verschieden. Der Bundeselternrat spiegelt diese Meinungsvielfalt wieder und setzt sich für die Belange von Kindern und Eltern ein. In Diskussionen strebt der Bundeselternrat einvernehmliche Entscheidungen an. Bei aller Meinungsvielfalt gehen die Mitglieder wertschätzend miteinander um.

Viele Mitglieder – Eine Stimme.

Der Bundeselternrat ist die größte Interessenvertretung von Eltern in Deutschland. Er tritt nach außen mit einer Stimme und mit einer Meinung auf.

Transparenz – Kommunikation.

Die Mitglieder des Bundeselternrats schaffen Vertrauen durch transparente Entscheidungsprozesse. Dabei halten sie Gegensätze aus und berücksichtigen Interessensunterschiede. Eine besondere Qualität der ehrenamtlichen Arbeit des Bundeselternrats liegt darin, das Zusammenwirken der Arbeitsbereiche und Ebenen sicherzustellen und dies nach innen und außen sichtbar zu machen.

Bundeselternrat

Leitbild/Finanzierung

Verantwortung – Führung.

Der Vorstand und die weiteren Führungskräfte des Bundeselternrats sind sich ihrer Verantwortung für ein kollegiales Miteinander bewusst und pflegen einen kooperativen Führungsstil. Sie sorgen für rechtzeitige und umfassende Information und schaffen Raum für selbstständiges, eigenverantwortliches Handeln.

Innovation – Veränderung.

Der Bundeselternrat ist offen für Veränderungen innerhalb der Arbeitsgemeinschaft. Dabei wird das Gleichgewicht zwischen Idealvorstellungen und dem tatsächlich Machbaren gehalten.

Handlungsrahmen – Fortschreibung.

Dieses Leitbild haben die Delegierten zwischen Juli 2008 und November 2009 bei zwei Plenarkongressen und mehreren Arbeitsgruppensitzungen unter Berücksichtigung des Inputs aus den Mitgliedsorganisationen erarbeitet. Es ist ein verbindlicher Handlungsrahmen für alle Mitglieder des Bundeselternrats. Die Mitglieder sind verantwortlich für eine ständige Überprüfung dieses Rahmens. Die Konkretisierung einzelner Passagen durch die Dokumentation der kontinuierlichen Arbeit ist ausdrücklich erwünscht.

Bad Hersfeld, im November 2009 (aktualisiert: November 2013)

Finanzierung

Der Bundeselternrat wurde auch in diesem Jahr hauptsächlich aus den Projektmitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung finanziert. Dazu stellte der Vorstand für jede Tagung entsprechende Förderanträge. Der Bundeselternrat wird zu 80 % aus Mitteln des BMBF finanziert.

Im Jahr 2016 haben sich 13 Bundesländer aufgrund einer Empfehlung der KMK bereit erklärt, über eine Zuwendung die Geschäftsstelle des Bundeselternrats für 5 Jahre mitzufinanzieren. Diese für uns wertvolle Zuwendung, die etwa 13 % des Gesamtebetrags beträgt und damit finanzielle Absicherung unserer Geschäftsstelle darstellt, läuft leider mit dem Jahr 2020 aus.

Die Geschäftsstelle in Oranienburg ist der Dreh- und Angelpunkt der täglichen Arbeit des – ansonsten ehrenamtlich tätigen – Bundeselternrats und seinen Delegierten. Der Bundeselternrat als Dachverband der Landeselternvertretungen bietet damit seinen Mitgliedern eine zentrale und regelmäßig erreichbare Ansprechstelle.

Schriftverkehr, Tagungsplanungen nach Vorgabe des Vorstandes und die unerlässliche Netzwerkarbeit mit den Mitgliedern und deren Delegierten läuft ebenfalls über die Geschäftsstelle und ermöglicht dem Vorstand und seinen Fachausschüssen einen kostenneutralen Sitzungsort.

Bundeselternrat

Finanzierung

Die Landeselternvertretungen und Elterngremien aus den Bundesländern unterstützen die Arbeit des Bundeselternrats durch ihre Mitgliedsbeiträge. Die Mitgliedsbeiträge tragen 7 % des Jahresetats.

Der Bundeselternrat möchte sich an dieser Stelle herzlich bei den Mitarbeitern seines Projektträgers, dem Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt e.V. (DLR), dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und den Kultusministerien der 13 Bundesländer Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein, Thüringen, sowie den Länderelternvertretungen und Elterngremien für die umfassende finanzielle Unterstützung bedanken. In diesem Zusammenhang erklärt der Vorstand, dass sich der Bundeselternrat der äußersten Sparsamkeit verpflichtet fühlt.

Bundeselternrat

Schwerpunkte 2018

„Regionale Bildungslandschaften – Bildung vor Ort“ lautete das Jahresthema des Bundeselternrats 2018. Im Rahmen der Tagungen haben sich die Delegierten des Bundeselternrats intensiv mit regionalen Bildungslandschaften Deutschlands auseinandergesetzt.

Aufbauend auf den Ergebnissen und Forderungen zurückliegender Tagungen wurden hierbei die vergangenen Entwicklungen betrachtet, die aktuelle Situation in Augenschein genommen und ein Ausblick auf weitere Pilotprojekte geworfen.

In ihrer ersten Fachtagung 2018 befassten sich die Delegierten des Bundeselternrats mit dem Themenfeld der Übergänge und Berufsorientierung. Dabei stellten sie fest, dass in den vergangenen Jahren spürbare Verbesserungen zu verzeichnen waren, die Maßnahmen zur Berufsorientierung jedoch noch immer zu wenig strukturiert sind. Der Bundeselternrat mahnte an, dass jede Schule im Rahmen landesweit verpflichtender Vorgaben ein eigenes BSO-Konzept entwickeln muss. Die Delegierten schätzten ein reines Nebeneinander von Einzelmaßnahmen als wenig hilfreich ein.

Individuelle Beratung und Begleitung wurden als unverzichtbarer Bestandteil für die gesamte Lerngruppe eingeschätzt. Jugendliche, die keinen Schulabschluss schaffen, oder keinen Ausbildungsplatz finden, brauchen – so stellten die Delegierten fest – eine spezielle Beratung und begleitende Unterstützung, ebenso ihre Eltern. Wer studieren will, muss schon in der Schule eigenständiges Arbeiten lernen und auf das erhöhte Lerntempo an den Universitäten vorbereitet werden.

Auf der Frühjahrsplenartagung thematisierten die Delegierten die Unterrichtsqualität. Als problematisch wurde die immer heterogener werdende Schülerschaft und die Aufgabe der Schule die Unterrichtsqualität sicherzustellen befunden. Der Bundeselternrat befürchtet, dass sich diese Situation in den kommenden Jahren noch weiter verschärfen wird, da der Lehrermangel in vielen Bundesländern immer dramatischere Ausmaße annimmt. Wie sich Unterricht entwickeln und es Eltern und Lehrkräften gelingen kann, den gemeinsamen Bildungs- und Erziehungsauftrag umzusetzen, waren zentrale Fragestellungen der Frühjahrsplenartagung. Sie forderten, dass alle Bildungsbeteiligten den Mut und die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen an den Tag legen müssen. Die Delegierten mahnten die Eltern an, Verantwortung zu übernehmen, sich um Missstände an der Schule ihrer Kinder zu kümmern und eine konstruktive und wertschätzende Feedbackkultur zu etablieren. Schule – so der Bundeselternrat – sei gut beraten, an der Entwicklung des pädagogischen Leitbilds auch die Eltern zu beteiligen.

Die zweite Fachtagung stand unter dem Titel „Der Raum als dritter Pädagoge“. Die Elternvertreter aus den Bundesländern befassten sich mit den vielseitigen Aspekten von Lernräumen und Lernumgebungen. Schulentwicklungsplanung und Standortsicherung im Kontext demografischen Wandels bedeuten sowohl für die Metropolregionen als auch für die Flächenländer umfassende Schulneubauten und Schulsanierungen. Planung und Umsetzung entlang der Maßgaben, sich massiv ändernder Anforderungen vielfältiger Schulformen, unterschiedlicher Lernkonzepte und gesellschaftlicher Entwicklungen, nahmen die Delegierten, als eine besondere Aufgabe war.

Die Delegierten konnten spannende Konzepte zukunftsfähiger Lernbauten, den möglichen Lern- und Teamhäusern, Compartments, kennenlernen.

Bundeselternrat

Schwerpunkte 2018

„Schulen und ihre Unterstützungssysteme“ lautete das Thema der dritten Fachtagung. Die Zusammenarbeit von Schulen mit Kommunen, Behörden, Verbänden und der Wirtschaft standen im Mittelpunkt dieser Fachtagung. Im Team jeder Schule sollte es nicht nur Pädagogen geben, also Lehrkräfte, Sozialpädagogen und Sonderpädagogen u.a., sondern auch Fachkräfte für die Schulgesundheit. Solche multiprofessionellen Teams sind keineswegs die Regel. Noch häufiger fehlt es an Standards für guten Unterricht, ganz besonders für inklusiv unterrichtende Schulen.

Der Bundeselternrat fordert im Rahmen seiner Resolution anlässlich der Herbstplenartagung bedarfsgerechte sächliche, räumliche und personelle Ressourcenzuwendungen auch unter Berücksichtigung der sozialen Situation des Einzugsbereiches sicherzustellen. Kooperationen zwischen Ländern und Kommunen müssen gestärkt werden, damit finanzschwache Kommunen ihren Aufgaben gerecht werden können.

Aufgrund des vorzeitigen Ausscheidens eines Vorstandsmitglieds aus persönlichen Gründen konnte der Vorstand anlässlich der Frühjahrsplenartagung Marc Keynejad an Bord begrüßen.

Am Rande der Herbstplenartagung kam es zu einem Treffen mit den Kooperationspartnern (Grundschulverband, Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung, Allgemeiner Schulleitungsverband Deutschlands e. V., der Bundesschülerkonferenz, Konferenz der Schulaufsicht in der Bundesrepublik Deutschland e.V.). Die gemeinsam erarbeiteten Schwerpunkte werden wir mit unseren Kooperationspartnern pressemäßig aufarbeiten und in Kürze veröffentlichen.

Aufbauend auf das Jahr 2018 blicken wir mit unserem Jahresthema 2019 „Eltern im Bildungssystem - was sagt die Forschung?“ auf die gewonnenen Erkenntnisse und Arbeiten des Jahres 2018 und knüpfen thematisch an die entstandenen Fragestellungen an. Wir hoffen damit getreu unserem Motto „Gemeinsam für beste Bildung“ wieder allen Ländervertretungen Input für ihre Arbeit vor Ort und auch der bundesweiten Bildungspolitik einige Impulse mit an die Hand zu geben. Wir freuen uns gemeinsam mit allen Beteiligten auf ein erfolgreiches Jahr 2019.

Bundeselternrat

Tagungen 2018

Jahresthema 2018:

Regionale Bildungslandschaften - Bildung vor Ort

Fachtagung 01 / 2018

Thema: Übergänge und Berufsorientierung

Ausschüsse "Berufsbildende Schulen" und "Gymnasien"

Potsdam, 26.-28.01.2018

Planungstagung 2018

Thema 2019: Eltern im Bildungssystem—was sagt die Forschung?

Potsdam, 19.-22.04.2018

Frühjahrsplenartagung 2018

Thema: Unterrichtsqualität

Potsdam, 04.-06.05.2018

Fachtagung 02 / 2018

Thema: Der dritte Pädagoge—Zukunftsfähige Lernräume

Ausschüsse "Grundschulen und frühkindliche Bildung" und "Gesamtschulen"

Potsdam, 15.-17.04.2018

Fachtagung 03 / 2018

Thema: Unterstützungssysteme für Schule und multiprofessionelle Teams

Ausschüsse "Hauptschulen", "Realschulen" und "Förderschulen"

Potsdam, 21.-23.09.2018

Herbstplenartagung 2018

Thema: Demografische Entwicklung und kommunale Schulentwicklung

Potsdam, 09.-11.11.2018

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

Bundeselternrat

Planungstagung

Potsdam, 19. - 22.04.2017

Jahresthema 2018:

Eltern im Bildungssystem—was sagt die Forschung

An dieser Tagung nahmen die Mitglieder des Hauptausschusses teil. Es wurden die Tagungsinhalte für 2018 und das Jahresthema für 2019 erarbeitet.

Die Ergebnisse sind die jeweiligen Projektbeschreibungen für die Tagungen.

Dies sind die Tagungsthemen für 2019:

Planungstagung 2019

Tagungsthema: **Bildung 4.0—sind wir gerüstet für die Zukunft?**

Fachtagung 01 / 2019

Tagungsthema: **Die Übergänge im Bildungssystem**
Ausschüsse: „Grundschulen und frühkindliche Bildung“, „Berufsbildende Schulen“ und „Gesamt- und Gemeinschaftsschulen“

Frühjahrsplenartagung 2019

Tagungsthema: **Elternmitarbeit als Qualitätsmerkmal an Schule**

Fachtagung 02 / 2019

Tagungsthema: **Die Erziehungs- und Bildungspartnerschaft im Einklang mit der UN-Kinderrechtskonvention**
Ausschüsse: „Förderschulen“, „Gymnasien“ und „Real- und Hauptschulen“

Herbstplenartagung 2019

Tagungsthema: **Elternmitwirkung zwischen Rechtsanspruch und Störfaktor**

Bundeselternrat

Fachtagung 01

Potsdam, 26. - 27.01.2018

Thema: Übergänge und Berufsorientierung

Ausschüsse „Gymnasien“ und „Berufsbildende Schulen“

Freitag, 26. Januar 2018

- 16:00 – 16:05 Begrüßung, Regularien
- 16:05 - 17:30 Studien- und Berufsorientierung wirksam begleiten Unterrichtseinheiten für die gymnasiale Oberstufe
Saskia Wittmer-Gerber, Stiftung der Deutschen Wirtschaft gGmbH
Andrea Datan, Bundesagentur für Arbeit
- 17:45 – 19:00 Leitfaden Berufsorientierung
Naemi Härle, Bertelsmann Stiftung
- 20:15 – 21:45 Arbeitssitzung der Fachausschüsse

Samstag, 27. Januar 2018

- 09:00 – 10:30 Praxisnahe Berufsorientierung
Peggy Greiser, Handwerkskammer Südthüringen
Frank Wenzel, ehem. BER FA-Vorsitzender der BBS
- 10:45 – 12:00 Wer, was, wann - warum Orientierung nur mit Struktur gelingen kann!
Thomas Bohn, Projektschule Westmecklenburg
- 12:00 – 12:15 Tagungsfoto
- 13:45 – 14:45 Bedarfe und Verbesserungspotenziale der Studien- und Berufsorientierung
Mareike Ebach, ZEP-Zentrum für Evaluation und Politikberatung
- 14:45 - 18:00 Arbeitssitzung der Fachausschussmitglieder
Parallel: 17:00 Redaktionskonferenz Teil I
- 19:30 – 21:30 Arbeitssitzung der Fachausschüsse
Parallel: Redaktionskonferenz Teil II

Sonntag, 28. Januar 2018

- 09:00 – 09:30 Redaktionskonferenz Teil III
- 09:00 – 10:45 Arbeitssitzung der Fachausschüsse
- 10:00 – 11:00 Redaktionskonferenz Teil IV
- 11:15 – 11:45 Plenum: Abstimmung über die Resolution
- 11:45 – 12:00 Informationen zur weiteren Arbeit / Verabschiedung
- 12:00 Ende der Tagung

Resolution

Übergänge und Berufsorientierung

Berufsorientierung in Deutschland – Große Fortschritte – Aber noch ziemliches Durcheinander

Berufsorientierung kann nur mit Struktur gelingen

Problemorientierte Einführung

Der Berufs- und Studienorientierung (BSO) kommt an den Schulen gesamtgesellschaftlich eine wachsende Bedeutung zu. Eine immer größere Anzahl an jungen Menschen erlebt eine Bildungsbiografie mit Brüchen.

Im Jahr 2016 begannen in Deutschland insgesamt 506.000 junge Menschen ein Studium. Fast jeder Dritte brach das Studium in der Frühphase ab und orientierte sich neu. Besonders gravierend sind die Abbruchquoten mit fast 40% in den mathematisch-naturwissenschaftlichen Studiengängen (DZHW Studie).

In der dualen Ausbildung gab es zuletzt bundesweit 520.300 Neuabschlüsse, wovon ein Viertel vorzeitig aufgelöst wurde. 15,5% der Jugendlichen (80.600 junge Menschen) ist es nicht gelungen, einen Ausbildungsplatz zu finden, während gleichzeitig 43.500 betriebliche Ausbildungsplatzangebote unbesetzt blieben.

Von den Jugendlichen, die keinen Ausbildungsplatz gefunden haben, verfügte die Hälfte über einen Schulabschluss, davon wiederum 22.000 sogar über eine Studienberechtigung. Deren Zahl hat sich in den letzten acht Jahren verdoppelt.

Die sogenannten ‚Passungsprobleme‘, die sich in einem steigenden Anteil unbesetzter Ausbildungsplatzangebote einerseits und einem anhaltend hohen Anteil erfolgloser Ausbildungsplatznachfrage andererseits manifestieren, nehmen trotz der verringerten Schulabbrecherquote seit 2010 kontinuierlich zu. Das Angebot und die Nachfrage auf beruflicher Ebene finden offensichtlich nicht ausreichend zueinander.

Hinter jeder abgebrochenen Ausbildung steht nicht nur ein volkswirtschaftlicher Schaden, sondern auch ein junger Mensch.

Eine Berufs- und Studienorientierung ist nicht nur ein wichtiges Stück Lebensplanung, sondern trägt dazu bei, diese Passungsprobleme zu verringern. In diesem Prozess spielt das Elternhaus eine zentrale Rolle, die es aber immer weniger erfüllen kann. Bekannte Berufsfelder differenzieren sich immer weiter und schneller aus, neue Berufe entstehen, die Bedeutung der Digitalisierung nimmt ständig zu und Tätigkeiten werden abstrakter. Damit fällt es Eltern immer schwerer, auf Basis eigener Anschauungen ihren Kindern berufsberatend zur Verfügung zu stehen.

Es liegt auf der Hand, dass vor diesem Hintergrund der Berufs- und Studienorientierung an den Schulen gesamtgesellschaftlich eine wachsende Bedeutung zukommt.

Bestandsaufnahme der bestehenden Berufs- und Studienorientierung in Deutschland

Sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene wurde der Berufs- und Studienorientierung in den letzten zehn Jahren deutlich mehr Aufmerksamkeit geschenkt. Die ergriffenen Maßnahmen sind aber bislang nicht ausreichend.

Eine Bestandsaufnahme der Situation durch die Fachausschüsse des Bundeselternrats hat ein sehr unzusammenhängendes Bild ergeben. Dies reichte von landesweit verbindlichen Konzepten (Hamburg) oder Rahmenvorgaben (Thüringen) bis hin zu Bundesländern und Regionen mit stark fragmentarischen Konzepten.

Positiv bewährt haben sich z.B.

- Ein landesweit verbindlicher und Qualitätsstandards folgender Rahmenplan, der durch die Schulen mit eigenen Curricula ausgestaltet werden muss
- Eine enge Zusammenarbeit der handelnden, schulischen Akteure mit der lokalen Wirtschaft und der Bundesagentur für Arbeit (z.B. Jugendberufsagentur)
- Fester Stundenanteil an den Lehrplänen
- Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte für die speziellen pädagogischen Belange der Berufsorientierung
- Vorbereitete und begleitete Praktika

Resolution

Übergänge und Berufsorientierung

- Eine individuelle Betreuung der Schülerinnen und Schüler zusätzlich zu Gruppenangeboten
- Dokumentation des Berufswahlprozesses, beispielsweise in Form eines Berufswahlpasses, der den Jugendlichen einen Leitfaden in der persönlichen Auseinandersetzung mit der Berufsorientierung an die Hand gibt

Negativ zu bemerken sind:

- Häufig fehlende Systematisierung der Angebote
- Mancherorts fehlt es immer noch an der Vernetzung mit den lokalen Akteuren
- Eine unübersichtliche Landschaft geförderter Einzelmaßnahmen
- Fehlende Evaluation (die Schulen wissen nicht was aus ihren Schülerinnen und Schülern nach dem Verlassen der Schule wird – keine Wirksamkeitskontrolle der schulischen Konzepte)
- Unzureichende Einbeziehung der Eltern, fehlende Angebote zur Elternfortbildung

Ziele der weiteren Entwicklung

Die Berufs- und Studienorientierung muss allen Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit geben, rechtzeitig die eigenen beruflichen Neigungen, Fähigkeiten und Interessen zu klären und eine Perspektive für ihren weiteren Lebensweg zu entwickeln. Dabei sind die Besonderheiten der verschiedenen Schulformen zu berücksichtigen. Im gymnasialen Bildungsgang sollte die Studien- und Berufsorientierung so angelegt werden, dass sie auch als Entscheidungshilfe für die Wahl der Schwerpunktfächer in der Oberstufe dienen kann.

Forderung des Bundeselternrats

Rahmenbedingungen von BSO an allgemeinbildenden Schulen

- Erstellung eines landesweit verbindlichen Rahmenplans, verpflichtende Umsetzung an den Schulen auf Basis schuleigener Curricula
- Ausreichende Ressourcen für BSO
- Qualifizierung der Lehrkräfte für BSO
- Systematisierung und wissenschaftliche Fundierung

Schulische BSO Konzepte

- Prozessorientierung statt Addition von Einzelmaßnahmen
- Individuelle Begleitung und Beratung statt vorrangig Gruppenangeboten

Gesamtblick auf den Übergang Schule – Beruf / Berufseinstiegsbegleitung

- Beratung und Unterstützung von Jugendlichen, die entweder einen qualifizierenden Schulabschluss nicht schaffen oder keine Anschlussausbildung (dual, schulisch oder berufsvorbereitend) vorweisen können – im Sinne der Sicherstellung ununterbrochener Bildungsketten
- Bündelung der Akteure und Maßnahmen z.B. in Jugendberufsagenturen

Verbesserung der Ausbildung- und Studierfähigkeit

- Etablierung eines Dialogprozesses sowohl mit den Universitäten als auch mit den Trägern beruflicher Ausbildung über deren Anforderungen
- Verstärkte Heranführung an wissenschaftliches Arbeiten in der Oberstufe
- Heranführung an das eigenständige Arbeiten und die zugleich deutlich erhöhte Lerngeschwindigkeit an den Universitäten

Diese Resolution wurde am 28.01.2018 in Potsdam im Rahmen der 1. Fachtagung 2018 vom Plenum des Bundeselternrats mehrheitlich verabschiedet.

Pressemitteilung

Übergänge und Berufsorientierung

Oranienburg, den 30.01.2018

Bundeselternrat bemängelt Chaos bei der Fachkräftesicherung- Berufsorientierung kann nur mit Struktur gelingen!

Eine Bestandsaufnahme der Situation durch die Fachausschüsse des Bundeselternrats anlässlich der Januarfachtagung vom 26.-28.01.2018 in Potsdam hat ein sehr unzusammenhängendes Bild in der bundesweiten Berufsorientierung von Schülern ergeben. Dies reicht von landesweit verbindlichen Konzepten (Hamburg) oder Rahmenvorgaben (Thüringen) bis hin zu Bundesländern und Regionen mit „stark fragmentarischen Konzepten“.

Die sogenannten ‚Passungsprobleme‘, die sich in einem steigenden Anteil unbesetzter Ausbildungsplatzangebote einerseits und einem anhaltend hohen Anteil erfolgloser Ausbildungsplatznachfrage andererseits manifestieren, nehmen trotz der verringerten Schulabbrecherquote seit 2010 kontinuierlich zu.

In diesem Prozess spielt das Elternhaus eine zentrale Rolle, die es aber immer weniger erfüllen kann. Bekannte Berufsfelder differenzieren sich immer weiter und schneller aus, neue Berufe entstehen, die Bedeutung der Digitalisierung nimmt ständig zu und Tätigkeiten werden abstrakter. Damit fällt es Eltern immer schwerer, auf Basis eigener Anschauungen ihren Kindern berufsberatend zur Verfügung zu stehen.

Negativ zu bemerken sind:

- Häufig fehlende Systematisierung der Angebote
- Mancherorts fehlt es immer noch an der Vernetzung mit den lokalen Akteuren
- Eine unübersichtliche Landschaft geförderter Einzelmaßnahmen. Fehlende Evaluation (die Schulen wissen nicht, was aus ihren Schülerinnen und Schülern nach dem Verlassen der Schule wird – keine Wirksamkeitskontrolle der schulischen Konzepte zum Übergang Schule/Beruf)
- Unzureichende Einbeziehung der Eltern, fehlende Angebote zur Elternfortbildung

Dazu bemerkt der Vorsitzende des Bundeselternrats Stephan Wassmuth: „Es ist erfreulich, dass es vielerorts sehr engagierte Lehrer, Schulen, Ämter und Kräfte der Wirtschaft gibt, die an einem Strang im Sinne unserer Jugend ziehen und auch die neueste PISA Studie zu dem Aufholen der sozial benachteiligten Schüler in Deutschland lässt hoffen, dass eine entschlossene bundesweite, gemeinsame Anstrengung in Sachen Bildung - hier und heute - der richtige Weg ist, um unserer Jugend Chancen mit auf ihren Lebensweg zu geben und damit auch in unserer Gesellschaft nachhaltige Weichen für eine zukunftsfähige Gesellschaft zu stellen.“!

Ihr Ansprechpartner ist:

Stephan Wassmuth, Vorsitzender des Bundeselternrats

Telefon: 0172-56 49 900

E-Mail: stephan.wassmuth@bundeselternrat.de

Für Fragen und Stellungnahmen stehen wir gerne zur Verfügung.

Bundeselternrat

Fachtagung 02

Potsdam, 15. - 17.06.2018

Thema: Der dritte Pädagoge - Zukunftsfähige Lernräume gestalten

Ausschüsse "Grundschulen und frühkindliche Bildung" und "Gesamtschulen"

Freitag, 15. Juni 2018

- | | |
|---------------|--|
| 16:00 – 16:05 | Begrüßung, Regularien |
| 16:05 – 17:30 | Der Raum als dritter Pädagoge
<i>Prof. Dr. Jörg Ramseger (i. R.), Freie Universität zu Berlin</i> |
| 17:45 – 19:00 | Klassenräume
<i>Ralf Huihsen, DGVU „Bildungseinrichtungen“</i> |
| 20:15 – 21:45 | Arbeitssitzung der Fachausschüsse |

Samstag, 16. Juni 2018

- | | |
|----------------------------------|--|
| 09:05 – 10:30 | Käthe-Kollwitz-Gesamtschule Mühlenbeck (Brandenburg)
<i>Kathrin Haase, Schulleiterin</i> |
| 11:00 – 12:15 | Das Konzept der Berliner Lern- und Teamhäuser - Ergebnisse eines partizipativen Prozesses mit Einflüssen aus Herford, München, Köln und weiteren Städten
<i>Norman Heise, Vorsitzender LandesElternAusschuss Berlin</i> |
| 12:15 – 12:30 | Tagungsfoto |
| 14:00 – 18:00
Parallel: 17:00 | Arbeitssitzung der Fachausschüsse
Redaktionskonferenz Teil I |
| 19:30 – 21:30
Parallel: | Arbeitssitzung der Fachausschüsse
Redaktionskonferenz Teil II |

Sonntag, 18. Juni 2018

- | | |
|---------------|--|
| 09:00 – 09:30 | Redaktionskonferenz Teil III |
| 09:00 – 10:45 | Arbeitssitzung der Fachausschüsse |
| 10:00 – 11:00 | Redaktionskonferenz Teil IV |
| 11:15 – 11:45 | Plenum: Abstimmung über die Resolution und ggf. das Plakat |
| 11:45 – 12:00 | Informationen zur weiteren Arbeit / Verabschiedung |
| 12:00 | Ende der Tagung |

Resolution

Der dritte Pädagoge - Zukunftsfähige Lernräume

Marode und veraltete Schulen – Schüler des 21. Jahrhunderts brauchen Schulen des 21. Jahrhunderts

In der Bildungsrepublik Deutschland werden etwa 8,35 Millionen Schülerinnen und Schüler in ca. 35.000 Schulen unterrichtet. Viele dieser Schulen sind marode. Es besteht ein Investitionsstau von etwa 35 Milliarden Euro.

Nach dem Reformpädagogen Loris Malaguzzi hat ein Kind drei Lehrer: die anderen Kinder, die Lehrkräfte und den Raum (Reggio-Pädagogik).

Wie wichtig ist neben guten Lehrkräften und einem guten Bildungskonzept der dritte Pädagoge? Hiermit befasste sich der Bundeselternrat anlässlich seiner Fachtagung im Juni 2018 in Potsdam.

Die Zahlen zeigen es, beim Schulbesuch erleben es unsere Kinder tagtäglich und jeder kann sehen: Der Zustand vieler Schulen der Bildungsrepublik Deutschland ist katastrophal. In solche Schulen schicken wir unsere Kinder!

Das wirkt sich nachteilig auf ihre Bildung und Entwicklung aus.

Steigende Schülerzahlen, Ganztagsunterricht und Inklusion sind weitere Herausforderungen. Wir stellen fest, dass unsere Schulen nicht der modernen, demokratischen Informationsgesellschaft gerecht werden. Wir haben die Pflicht, die Architektur nach den fortschrittlichen pädagogischen und didaktischen Anforderungen neu zu gestalten.

Räume lösen positive und negative Emotionen aus. Sie wirken nachhaltig und unmittelbar. Räume und Gebäude beeinflussen die Produktivität, das Wohlbefinden und den Lernerfolg. Die sanierungsbedürftigen Schulbauten offenbaren die fehlende Wertschätzung der Gesellschaft für unsere Kinder.

Schule ist nicht nur Lern- und Arbeitsort: Schule ist Lebensraum!

Der Bundeselternrat fordert:

Die Architektur muss den Lehr- und Lernmethoden des 21. Jahrhunderts gerecht werden, eine anregende Lernumgebung und einen differenzierten Unterricht ermöglichen.

Da Schule heute komplexer ist als früher, müssen alle Beteiligten vom Architekten über Schulleitungen, Pädagogen, Politik, Verwaltung, Schüler und Eltern, bis hin zum Handwerker bei der Planung frühestmöglich aktiv eingebunden werden.

Ein demokratisches Land benötigt eine demokratische Schule.

Bauplanungsprozesse müssen schnell und effizient umgesetzt werden. Wir fordern ein Netzwerk aller Beteiligten, um einen Orientierungsrahmen zu erstellen, der zeitgemäße Mindestanforderungen enthält und individuelle Lösungen zulässt.

Schulbau darf nicht dem Diktat der Kostenminimierung unterliegen. Die erforderlichen Finanzmittel für den tatsächlichen Bedarf sind bereitzustellen. Dies gilt für Neu-, An- und Umbauten. Der bundesweite Sanierungsstau muss systematisch und nachhaltig abgebaut werden. Die Instandhaltung ist bei Schulbauten fest einzuplanen.

Schulplanung muss in das räumliche Konzept der Stadt- und Regionalplanung integriert werden. Schule ist ein wichtiger Bestandteil der Gesamtumgebung. Sie öffnet sich dem Sozialraum und ermöglicht die Begegnung zwischen den Generationen. Schulbau muss flexibel sein, um auch den künftigen Anforderungen gerecht zu werden.

„Eine gute Schule ist nie fertig, sie ist immer auf dem Weg.“ (Dr. Otto Seydel)

Die Resolution wurde am 17.06.2018 in Potsdam im Rahmen der 2. Fachtagung vom Plenum des Bundeselternrats einstimmig verabschiedet.

Bundeselternrat

Fachtagung 03

Potsdam, 21. - 23.09.2018

Thema: Unterstützungssysteme für Schulen und multiprofessionelle Teams

Ausschüsse "Hauptschule", „Förderschule“ und "Realschule"

Freitag, 21. September 2018

- | | |
|---------------|--|
| 16:00 - 16:10 | Begrüßung, Regularien |
| 16:10 - 17:30 | Intra- und interinstitutionelle Kooperationen in inklusiven Schulentwicklungsperspektiven
<i>Prof. Dr. Elke Wild, Universität Bielefeld</i>
<i>Prof. Dr. Birgit Lütje-Klose, Universität Bielefeld</i> |
| 17:45 - 19:00 | Standards für schulische Inklusion - eine problematische Leerstelle
<i>Prof. Dr. Vera Moser, Humboldt-Universität zu Berlin</i> |
| 20:15 - 21:45 | Arbeitssitzung der Fachausschüsse |

Samstag, 22. September 2018

- | | |
|----------------------------------|---|
| 09:05 - 10:30 | Kommunal Bildungslandschaft gestalten!
<i>Dr. Manfred Beck, Vorsitzender des FA-Kommune BNE beim BMBF</i> |
| 11:00 - 12:15 | Zwischenbericht: Schulgesundheitsfachkräfte - Modellprojekt in den Ländern Brandenburg und Hessen
<i>Gudrun Braksch und Astrid Heinze, Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Potsdam e.V.</i> |
| 12:15 - 12:30 | Tagungsfoto |
| 14:00 - 18:00
Parallel: 17:00 | Arbeitssitzung der Fachausschüsse
Redaktionskonferenz Teil I |
| 19:30 - 21:30
Parallel: | Arbeitssitzung der Fachausschüsse
Redaktionskonferenz Teil II |

Sonntag, 23. September 2018

- | | |
|---------------|--|
| 09:00 - 09:30 | Redaktionskonferenz Teil III |
| 09:00 - 10:45 | Arbeitssitzung der Fachausschüsse |
| 10:00 - 11:00 | Redaktionskonferenz Teil IV |
| 11:15 - 11:45 | Plenum: Abstimmung über die Resolution |
| 11:45 - 12:00 | Informationen zur weiteren Arbeit / Verabschiedung |
| 12:00 | Ende der Tagung |

Resolution

Unterstützungssysteme für Schulen und multiprof. Teams

Bildung gegen gesellschaftliche Spaltung – Unterstützungssysteme für unsere Schulen

Das deutsche Schulsystem sollte jedem Kind die gleichen Bildungschancen bieten. Schülerinnen und Schüler aus bildungsfernen Milieus haben jedoch nicht dieselben Chancen wie Kinder aus Familien mit gehobenem Bildungsstand. Bildungsstand und Einkommen der Familien beeinflussen den Bildungserfolg und die Gesundheit der Kinder. Dies wirkt sich nachteilig auf die Entwicklung unserer Gesellschaft aus.

Wichtige Voraussetzungen für Inklusion und Integration fehlen; das Schulsystem ist insbesondere in Hinblick auf Bildungsgerechtigkeit und Inklusion unterfinanziert.

Die zunehmende Heterogenität der Schülerschaft erfordert ein erweitertes Verständnis von Inklusion im Sinne einer demokratischen Gesellschaft. Notwendige und bewährte Unterstützungssysteme sind aber nicht ausreichend in der Breite verfügbar. Erst an wenigen Schulen existieren multiprofessionelle Teams.

Darüber hinaus kann die vernetzte Zusammenarbeit der schulischen und außerschulischen Akteure im kommunalen und sozialen Umfeld nicht hoch genug eingeschätzt werden:

"Zur Optimierung von Erziehung und Bildung bedarf es der konzeptionellen und strukturellen Verankerung des Zusammenspiels auf kommunaler Ebene!"¹

Der Bundeselternrat fordert qualifiziertes unterstützendes Personal zur Bildung multiprofessioneller Teams in allen Schulformen in den Bundesländern, z.B.:

- Sonderpädagogen
- Schulsozialarbeiter
- Gesundheitsfachkräfte
- Therapeuten
- Sprach- und Kulturmittler
- Förderkräfte
- Sprachlehrer
- Schulpsychologen
- Schulbegleiter / Integrationshelfer
- Pädagogische Zweitkräfte

Unterstützungssysteme müssen ohne bürokratische Hürden nutzbar sein. Sie müssen in den Schulgesetzen der Länder verankert sein!

Das unterstützende Personal kann und darf jedoch qualifizierte Lehrkräfte im Unterricht nicht ersetzen oder zum Ausgleich personeller Engpässe eingesetzt werden: Der Schulunterricht ist zu 100% zu erteilen, und zwar ausschließlich durch entsprechende Lehr- und Fachlehrkräfte!

In allen Bundesländern müssen deutschlandweite Standards für ein inklusives Bildungssystem eingeführt werden. Qualitätsmanagement und bundeseinheitliches Monitoring und die Veröffentlichung von Ergebnissen müssen sie begleiten und Grundlagen für notwendige Weiterentwicklungen liefern. Schülerinnen, Schüler und Eltern sind an der Entwicklung der Bildungsprozesse stimmberechtigt zu beteiligen.

Die Kooperation von Schule, Schülerinnen und Schülern, Eltern, kommunalem Umfeld, Behörden, Wirtschaft ist zu intensivieren und – wo vorhanden – nachhaltig zu pflegen. Die Länder müssen die Finanzierung vorausschauend, auskömmlich und kontinuierlich planen.

Der Bund muss alle notwendigen Ausgaben zur Schaffung von räumlichen, personellen und sächlichen Voraussetzungen für erfolgreiche Inklusion und Integration unterstützen.

¹Dr. Manfred Beck Vortrag vor dem Bundeselternrat 22.09.2018

Die Resolution wurde am 23.09.2018 in Potsdam im Rahmen der 3. Fachtagung von den Delegierten des Bundeselternrats mehrheitlich verabschiedet.

Bundeselternrat

Frühjahrsplenartagung

Potsdam, 04. - 06.05.2018

Unterrichtsqualität

Freitag, 04. Mai 2018

- 16:00 – 18:00 Unterrichtsqualität und Feedbackkultur
Prof. Dr. Andreas Helmke, Universität Koblenz
- 19:45 – 20:45 **BER Intern**
Wahlen Teil 1: Wahlvorbereitungen gemäß § 4 WO
- 21:00 - 22:00 Arbeitssitzung der Fachausschüsse

Samstag, 05. Mai 2018

- 09:05 – 10:15 Unterrichtsentwicklung als Teil der Schulentwicklung - Was können Schulleitung und Eltern positiv beeinflussen?
Gudrun Wolters-Vogeler, Vorsitzende des Allgemeinen Schulleiterverband Deutschland e.V.
- 10:45 – 12:00 Die ESBZ: eine Modell-Schule im Sinne einer zukünftigen Bildung
Ivi Kussmaul, Schülerin der ESBZ
- 12:00 – 12:15 Tagungsfoto
- 14:00 – 18:00 Arbeitssitzung der Fachausschüsse
Parallel: 17:00 Redaktionskonferenz Teil I
- 19:30 - 20:30 **BER Intern**
Wahlen Teil 2: Durchführung der Wahlen
- 20:40 – 21:30 **BER Intern**
1. Rechenschaftsbericht des Vorstands
2. Finanzbericht 2017
- 21:30 - 22:30 Redaktionskonferenz Teil II

Sonntag, 06. Mai 2018

- 08:30 – 09:30 Redaktionskonferenz Teil III
- 09:00 – 10:45 Arbeitssitzung der Fachausschüsse
- 10:00 – 11:00 Redaktionskonferenz Teil IV
- 11:15 – 11:45 Plenum: Abstimmung über die Resolution
- 11:45 – 12:00 Informationen zur weiteren Arbeit / Verabschiedung
- 12:00 Ende der Tagung

Resolution

Unterrichtsqualität

Mut zur Veränderung und zur Verantwortung - Schlechter Unterricht fördert Lern- und Schulfrust bei allen Beteiligten!

Die Schule von heute steht vor der Herausforderung, angemessen mit der Entwicklung einer stärker werdenden Heterogenität in der Schülerschaft umzugehen.

Der Lehrkräftemangel strapaziert diese Situation dramatisch. Im Ergebnis führt das dazu, dass verstärkt QuereinsteigerInnen mit unterschiedlicher Qualifikation unterrichten und im Kollegium integriert werden müssen. Deshalb ist die Qualifizierung künftiger Schulleitungen vor Amtsantritt - im Sinne guter Personalentwicklung, Schulmanagement und curricularer Arbeit - und nach wie vor gut aus- und fortgebildete Lehrkräfte die Bedingung für eine hohe Unterrichtsqualität an den Schulen.

Auch wenn wir die verstärkte Nutzung von neuen Lehr- und Lernmethoden gestützt durch neue Medien fordern, um damit die Möglichkeiten bei der individuellen Wissensvermittlung zu verbessern, bleibt die SchülerInnen-LehrerInnen-Beziehung entscheidend für den Lernerfolg in der digitalisierten Welt.

Und: Jede Schule muss den Anforderungen der Digitalisierung in der Bildung gerecht werden.

Lehren und Lernen muss transparent gestaltet sein, damit SchülerInnen selbstbestimmt und eigenverantwortlich ihren Lernprozess steuern können. Nur so können SchülerInnen Verantwortung für ihr Lernen übernehmen. Daher ist eine strukturierte und verbindliche Unterrichtsgestaltung ein weiterer Faktor für die Qualität.

Bildungsstudien zeigen: Die Qualität des Unterrichts ist vielerorts stark verbesserungswürdig. Wichtig sind etablierte, ständige Prozesse für die Qualitätsverbesserung. Unabdingbar ist, die Schülerinnen und Schüler an der Unterrichtsentwicklung zu beteiligen.

Darüber hinaus bedarf die Unterrichts-Qualitätssicherung einer regelmäßigen Evaluation und einer funktionierenden Teamkultur.

Um die Qualität des Unterrichtes zu erkennen und zu verbessern ist also Folgendes notwendig:

- Austausch zwischen den Lehrkräften
- Teambildung
- Regelmäßiges, (ritualisiertes) Feedback durch Schülerinnen zum Unterricht
- Selbstreflexion
- Regelmäßige (Fremd-)Hospitation, Evaluation und Schulinspektion.

Vielfältige Möglichkeiten und Tools zur Verbesserung der Unterrichtsqualität stehen bereits zur Verfügung. So ist eine funktionierende und gelebte Teamkultur mit multiprofessionellem Kollegium einschließlich Schul- und Jugendsozialarbeit für alle Schulformen entscheidend. Gerade auch im Hinblick auf eine immer vielfältigere Schülerschaft. Und: Eine gelebte Feedbackkultur muss nachhaltig Wertschätzung erfahren.

Das Schulsystem und die Unterrichtsinhalte müssen sich dem gesellschaftlichen Wandel anpassen, sodass sie den aktuellen und zukünftigen Bedürfnissen entsprechen. In einer sich wandelnden Welt wandeln sich auch die Lerninhalte. Neben Faktenwissen ist Orientierungswissen von Bedeutung - ebenso das fachübergreifende und vernetzte Lernen. Dabei müssen neben den fachlichen Qualifikationen Sozialkompetenz und Verantwortungsbewusstsein gestärkt werden.

Starke Schüler brauchen starke Schulen.

Diese Resolution wurde am 06.05.2018 in Potsdam im Rahmen der Frühjahrsplenartagung 2018 vom Plenum des Bundeselternrats mehrheitlich verabschiedet.

Bundeselternrat

Herbstplenartagung

Potsdam, 09. - 11.11.2018

Thema: Demografische Entwicklung und kommunale Schulentwicklung

Freitag, 09. November 2018

- 16:00 – 16:10 Begrüßung, Regularien
- 16:10 – 17:30 Bildung im gesellschaftlichen Wandel - Eine Betrachtung im Kontext von Demographie , Integration und regionalen Bildungsangeboten
Prof. Dr. Kai Maaz, Direktor des Deutschen Instituts für internationale pädagogische Forschung (DIPF)
- 17:45 – 18:30 Vorstellung Haushaltsplan 2019
- 19:30 – 22.00 Arbeitssitzung der Fachausschüsse

Samstag, 10. November 2018

- 09:05 – 10:15 Wenn Stadt Bildung mitdenkt dann ...
-> Perspektiven der Lehre, Forschung und Praxis auf die bildende Stadt
Dr. des. Felix Bentlin, Technische Universität Berlin
- 10:15 – 11:30 Institutionelle Zwänge in Bildungslandschaften und Möglichkeiten des Wandels
Norbert Sendzik, Technische Universität Dortmund
- 11:45 – 12:45 Abstimmung der vom Hauptausschuss empfohlenen 2 Varianten neuer BER-Fachausschüsse
- 12:45 – 13:00 Tagungsfoto
- 14:30 – 18:30 Arbeitssitzung der Fachausschüsse
Parallel: 17:00 Redaktionskonferenz Teil I
- 20:00 - 21:00 Verabschiedungen ehemaliger Delegierter
- 21:30 – 22:30 Redaktionskonferenz Teil II

Sonntag, 11. November 2018

- 09:00 – 09:30 Redaktionskonferenz Teil III
- 09:00 – 10:45 Arbeitssitzung der Fachausschüsse
- 10:00 – 11:00 Redaktionskonferenz Teil IV
- 11:15 - 11:25 Antrag Themenfeld BNE
- 11:25 – 11:45 Plenum: Abstimmung über die Resolution
- 11:45 – 12:00 Informationen zur weiteren Arbeit / Verabschiedung
- 12:00 Ende der Tagung

Resolution

Demografische Entwicklung und kommunale Schulentwicklung

Bildung ist mehr als Schule

Entgegen der Erwartung sinkender Schülerzahlen steigen diese seit einigen Jahren wieder an. Wobei zu beobachten ist, dass insbesondere in Ballungsbieten die Geburtenzahlen steigen, wohingegen viele ländliche Gegenden aufgrund einer überalterten Gesellschaft um den Erhalt von Schulen kämpfen. Nun haben wir vielerorts die Situation, dass Schulgebäude und Schulentwicklungsplanung nicht dem tatsächlichen Bedarf, der demografischen Entwicklung und den heutigen Ansprüchen an Bildung entsprechen. Ebenso entsprechen die Schulwege nicht den zeitgemäßen Anforderungen.

In seiner Tagung im November 2018 ist der Bundeselternrat der Frage nachgegangen, wie mit dieser Situation umzugehen ist und wie künftig eine solche Fehlentwicklung zu vermeiden ist.

Kinderfreundliche Städte und Gemeinden sind lebendige Städte und Gemeinden

Die Bereitstellung kinder- und jugendfreundlicher Bildungsräume ist eine zentrale Aufgabe der Kommunen. Die Möglichkeiten, Schulentwicklung und Stadtplanung in Einklang zu bringen, werden bislang unzureichend genutzt. Eine breite Beteiligung aller schulischen und außerschulischen Akteure an Schul- und Stadtentwicklungsplanung ist zwingend notwendig und sichert Chancengerechtigkeit. Schulbauplanung ist nicht die bloße Gestaltung von Flächen und Räumen, sondern muss das Umfeld mit einbinden. Um den vielfältigen Bedürfnissen und Herausforderungen unserer heutigen Gesellschaft gerecht zu werden, müssen Bildungseinrichtungen ansprechend und einladend gestaltet sein. Schule muss ein Ort der Begegnung sein, indem sie sich für den Sozialraum öffnet, weil das gesamte Umfeld davon profitiert. Dies kann unter anderem mit einer multifunktionalen Nutzung der Bildungseinrichtungen erreicht werden. So ließen sich auch die Schulen sichern, die wegen rückläufiger Schülerzahlen geschlossen werden müssten.

Um eine gute Erreichbarkeit der Bildungseinrichtungen zu gewährleisten, ist auch die Verkehrsplanung anzupassen. Pendelstress ist zu vermeiden. Das Mobilitätsverhalten und das subjektive Sicherheitsempfinden haben sich verändert. Schulwege werden als nicht sicher empfunden. Das hat zur Folge, dass sich der Anteil der Schulanfänger, die zu Fuß zur Schule gehen, von über 90 % im Jahre 1970 auf weniger als 20 % bereits im Jahre 2000 verringert hat. Hierdurch entwickelt sich vielerorts ein Verkehrschaos vor Schulen. Durch Öffnung und Entwicklung der Schulumgebung können die Schulwege zum Erfahrungs- und Lernraum werden, um die kognitive Entwicklung und Selbstständigkeit der Kinder zu stärken.

Der Bundeselternrat fordert daher:

Eine bedarfsgerechte sächliche, räumliche und personelle Ressourcenzuwendung auch unter Berücksichtigung der sozialen Situation des Einzugsbereiches ist sicherzustellen. Kooperationen zwischen Ländern und Kommunen müssen gestärkt werden, damit finanzschwache Kommunen ihren Aufgaben gerecht werden können.

Bildungserfolg darf nicht vom Wohnort abhängig sein.

Die Erhebung und vor allem die Nutzung der statistisch ausgewerteten, anonymisierten Daten, die Auskunft über die Entwicklung der Schülerzahlen geben, sind unerlässlich. Hierzu gehören neben den Geburtenzahlen auch die Entwicklungen der Schülerzahlen in den einzelnen Schulzweigen.

Wir fordern auch eine kontinuierliche Erforschung und Evaluierung der Bildungsverwaltung.

Die Schulgebäude müssen auch außerschulisch und ganzjährig nutzbar werden.

Die Stadtentwicklung und Verkehrsplanung muss die Schulumgebung so gestalten, dass sie für Kinder und Jugendliche eine Aufenthaltsqualität bietet und den Schulweg zum Erlebnis macht. Darüber hinaus muss für längere Schulwege ein gutes Nahverkehrsnetz mit angepassten Fahrplänen zur Verfügung stehen. Wir fordern ein altersunabhängiges, kostenloses Schüler- und Auszubildendenticket.

Die Elternmitwirkung und -entscheidung an der Schul- und Stadtentwicklungsplanung sowie Verkehrsplanung muss durch gesetzliche Bestimmungen in den Kommunen möglichst einheitlich gewährleistet sein.

Die Resolution wurde am 11.11.2018 in Potsdam im Rahmen der Herbstplenartagung von der Delegiertenversammlung des Bundeselternrats mehrheitlich verabschiedet.

Vorstand

Aktivitäten

Es war wieder ein spannendes und arbeitsreiches Jahr 2018. Der Bundeselternrat konnte mit seinen Kooperationspartnern und zahlreichen Behörden, Verbänden und Institutionen und vor allem vielen Elternvertretern einen regen Austausch führen und aktiv an bester Bildung für unsere Kinder arbeiten.

Besonders wichtig ist hierbei, dass das Gewicht des Bundeselternrats stetig zunimmt und wir als geschätzter und kompetenter Partner wahrgenommen werden. Dies zeigte sich beispielsweise bei der Veröffentlichung des aktuellen KMK-Papiers "Bildung und Erziehung als gemeinsame Aufgabe von Eltern und Schule".

Erika Takano-Forck wurde als Folge der Arbeit an der Nationalen Plattform "Bildung für Nachhaltige Entwicklung BNE" beim BMBF im Rahmen des Weltaktionsprogramms der UNESCO zum Ende des Jahres 2018 als Kuratoriumsmitglied der Stiftung Bildung berufen. Dies beschreibt nicht nur die große Wertschätzung als Mensch, sondern auch, dass das Fachwissen unseres Vorstandsmitglieds sehr geschätzt wird. Im Rahmen des Jubiläumsjahrs von "Campus & Karriere" moderierte sie außerdem ein Gespräch mit dem damaligen KMK-Präsidenten Holter und der Vorsitzenden des Allgemeinen Schulleiterverband Deutschland ASD e.V., Gudrun Wolters-Vogeler.



Foto: Deutschlandradio Campus & Karriere/Jan-Martin Altgeld

Aktiv präsentierte sich der Bundeselternrat auf der didacta in Hannover und konnte auf mehreren Foren aktiv die Elternmeinung präsentieren. Dazu gab es zahlreiche Pressemitteilungen und Interviews zu den verschiedensten Themen, wie beispielsweise Handynutzung in Schulen, Digitalisierung, Bildungsrat und vielen weiteren Themen. Die Meinung der Eltern erhält einen immer größeren Stellenwert und die für Bildung Verantwortlichen wissen mittlerweile um die Tatsache, dass Eltern und Schule einen gemeinsamen Bildungs- und Erziehungsauftrag haben. Das ist gut und wichtig für die Bildungsrepublik Deutschland.

Als Beirats-Mitglied des "Rahmenprogramms empirische Bildungsforschung" und des "Bundesforum Familie" hat unser Vorsitzender Stephan Wassmuth aktiv an den Themen Demokratie und Bildung mitgewirkt. Natürlich ist hier der gesamte Vorstand mit eingebunden und im Team bearbeiteten wir gemeinsam die anstehenden Aufgaben.

Seit Mai 2018 ergänzt Marc Keynejad den Vorstand des Bundeselternrats als stellvertretender Vorsitzender und hat sich ebenfalls intensiv in die tägliche Arbeit eingebracht. Er besuchte beispielsweise den Deutschen Schulrechtstag und vertrat hier die Meinung des Bundeselternrats.

Vorstand

Aktivitäten

Konstruktive Mitarbeit beim „Unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs“ (UBSKM), aktive inhaltliche Mitarbeit an der Branchenregel Schule (DGUV) sowie das Thema Schulverpflegung sind weitere Stationen der Arbeit des Bundeselternrats. Die Kooperationen mit der Deutschen Verkehrswacht, Jugend gegen Aids sowie dem DLRG sind im Jahr 2018 neu eingegangen worden. Wir wollen gemeinsam mit unseren Partnern ein klares Zeichen bezüglich der Verkehrssicherheit, der Aufklärung und Gesundheit sowie gegen die Schließung immer mehr Schwimmbäder setzen.



Im Zuge der engen Zusammenarbeit wurde Stephan Wassmuth im Namen des Bundeselternrats in den Deutschen Verkehrssicherheitsrat (DVR) "Ausschuss Kinder und Jugendliche" berufen.

Die Studie "INSIDE" wird ebenfalls aktiv durch den Bundeselternrat begleitet. Unser Vorstandsmitglied Martina Richter war geschätzte Teilnehmerin beim BVKJ zum Thema kulturelle Bildung. Die durch Martina Richter übernommene Beiratsarbeit bei der JAKO-O Bildungsstudie mündete direkt in die Erarbeitung des Jahresthemas 2019 "Eltern im Bildungssystem".



Foto: JAKO-O-Bildungsstudie_MIKA_fotografie-Berlin

Didacta 2018

Auch im Jahr 2018 konnte der Bundeselternrat einen Stand auf der weltweit größten Bildungsfachmesse besetzen.



Unser besonderer Dank gilt hier unserem Kooperationspartner dem Verband Bildungsmedien e.V. (VBM), der uns seit Jahren Stand zur freien Verfügung gestellt hat.

Ein weiterer Dank gilt den Unterstützern beim Auf- und Abbau sowie bei der Betreuung des Standes. Hier waren vor allem Eberhard Kwiatkowski (NRW), Thorsten Muschinski (SH), Steffi Reimer (MV), Judith Franz-Lehmann (SL) und Angelika Gorka (RP) sehr aktiv.



Pünktlich zum Beginn der didacta lag auch unser vierter Tätigkeitsbericht druckfrisch in der Materialauslage parat. Diese wurde durch die Materialien unserer Mitglieder vervollständigt und somit konnten wir ein breites Repertoire an Elternwissen unseren Besuchern präsentieren.



Der Reformpädagoge Otto Herz wurde am BER-Stand herzlich willkommen geheißen.

Auch in diesem Jahr wurde der Vorstand für eine Podiumsdiskussion angefragt. Diesmal zum Thema: Inklusion in der Schule: Ist sie gescheitert? Wie geht es weiter?



Die jungen Reporter vom Schülerradio aus Bargteheide ließen es sich nicht nehmen den Vorsitzenden des Bundeselternrats zu interviewen.

Der Vorstand bedankt sich bei Eberhard Kwiatkowski für sein jahrelanges Engagement im Rahmen der didacta.

Wir freuen uns auf ein Wiedersehen im nächsten Jahr auf der didacta 2019 in Köln.

Tätigkeitsberichte

Fachausschüsse

Der Bundeselternrat hat sieben Fachausschüsse:

Ausschuss für Grundschule und frühkindliche Bildung

Vorsitz: Oliver Görs (Berlin)
Stellvertretung: Sarah Terborg (Bremen)

Ausschuss für Berufsbildende Schule

Vorsitz: Armin Gaspers (Berlin)
Stellvertretung: Kai Bisanz (Mecklenburg-Vorpommern)

Ausschuss für Hauptschule

Vorsitz: Vera Greifzu-Schneider (Rheinland-Pfalz)
Stellvertretung: Thomas Knöpp (Brandenburg)

Ausschuss für Gesamtschule (*ab 2019 Gesamt- und Gemeinschaftsschule*)

Vorsitz: Judith Franz-Lehmann (Saarland)
Stellvertretung: Carola Abts (Hamburg)

Ausschuss für Förderschule

Vorsitz: Thomas Scheel (Berlin)
Stellvertretung: Friedrich-Wilhelm Behrens (Baden-Württemberg)

Ausschuss für Gymnasium

Vorsitz: Annett Grundmann (Sachsen)
Stellvertretung: Angela Wieringa (Bremen)

Ausschuss für Realschule (*ab 2019 Real- und Hauptschule*)

Vorsitz: Angelika Gorka (Rheinland-Pfalz)
Stellvertretung: Peter Gschrey (Bayern)

Tätigkeitsberichte

Fachausschüsse

Fachausschuss „Grundschule und frühkindliche Bildung“

Dem Jahresthema „Regionale Bildungslandschaften – Bildung vor Ort“ folgend, haben wir uns im Jahr 2018 der unterschiedlichen Strukturen und Themen der Primarbildung in Deutschland en detail gewidmet. Der Grundschulausschuss thematisierte in fast jedem seiner Zusammenkünfte zwei Wesensmerkmale von schulischer Bildung im Deutschland des 21. Jahrhunderts: Gebäude und Pädagogen.

Durch einen alle Bundesländer umfassenden Sanierungstau und die Notwendigkeit in einigen Ländern viele neue Schulen zu errichten, fokussierten wir die Möglichkeiten und Ansprüche an den dritten Pädagogen. Hierbei kamen wir immer wieder auf das Konzept von modernen Team- und Lernhäusern zu sprechen, wobei besonders der umfangreiche Teilhabeprozess bei der Entwicklung dieser modernen Schulen im Land Berlin unter der Zusammenarbeit von Politik, Verwaltung, Architekten, Pädagogen und Eltern, bis hin zu den Gebäudereinigern und Mensenbetreibern uns interessierte. Jedoch nicht nur mit dem Neubau, sondern auch im Zuge von Sanierung und Erweiterung von Schulbauten thematisierten wir oft die Möglichkeiten, wie sich Didaktik und Pädagogik des 21. Jahrhunderts in den Schulstandorten widerspiegeln kann. Wichtig war uns dabei immer eine genaue Kenntnis der Finanzierungen und Kosten von Sanierung und Schulneubau.

Der zweite Themenkomplex der 2018 zum täglichen Brot des Ausschusses gehörte, waren alle Perspektiven des Themas der fehlenden Pädagogen in den Bundesländern. Mit welchen Maßnahmen gehen die Regierungen der Länder vor und sichern so, dass ausreichend Menschen gewonnen werden können, die den Beruf des Lehrers und des Erziehers als ihre Berufung erkennen.

Mit großer Detailarbeit beobachteten wir die Anzahl der universitären Ausbildung, aber auch des Seiten- und Quereinstieges. Nur eine genaue Kenntnis der Zahlen half uns die Quantität der fehlenden Pädagogen über die Landesgrenzen hinweg zu erfassen und somit auch die sehr unterschiedlichen Maßnahmen der Länder, bewerten zu können. Seiten- und Quereinstieg bei begleitender intensiver Qualifizierung ist ein probates Instrument, um umfangreich Menschen für das Bildungssystem zu gewinnen. Ein weiterhin vorhandenes gegenseitiges Abfischen von Pädagogen zwischen den Ländern sehen wir äußerst kritisch und als nicht zukunftsfähig an. Eher die Aufwertung und Qualifizierung des Berufes durch unterschiedliche Maßnahmen, schafft es neue Menschen für die Arbeit in den Grundschulen zu interessieren.

Durch hitzige Diskussionen in bestimmten Ländern kam die Thematik des Schriftspracherwerbes bzw. der Alphabetisierung unserer Kinder in unser Gremium. Hier spüren die Delegierten aus den Bundesländern Handlungs- und Erklärungsdruck, dem wir im Jahr 2019 Wort und Standpunkt geben müssen.



Tätigkeitsberichte

Fachausschüsse

Fachausschuss „Berufsbildende Schule“

Die Ausschussmitglieder diskutierten 2018 ausgiebig über die Unterrichtsqualität und Feedbackkultur ihrer Bundesländer. Gemeinsam wurden die regionalen und übergreifenden Bildungslandschaften thematisiert.

Im Januar begrüßte der Ausschuss Gäste von der Handwerkskammer Thüringen, Frau Greiser, Herr Göpfert (Berufsschullehrer) und Frank Wenzel. Es ging unter anderem um die Bundesweite Kampagnen der ARGE oder dem Thüringer Qualitätssiegel „Berufswahlfreundliche Schule“, welches bereits 2005 installiert wurde und ein anerkanntes Instrument zur Evaluation der Berufs- und Studienvorbereitung an Thüringer Schulen ist, um eine verbindliche Qualität der Berufswahlvorbereitung zu sichern, sowie ihren Entwicklungsprozess zu fördern und zu beschleunigen. Wir stellten erneut fest, wie wichtig die Eltern im Bezug der Berufsorientierung und Berufswahl sind.

Es folgten in den Sitzungen (Januar, Mai und November) weitere Themen: gute Unterrichtsqualität, Integration von Flüchtlingen unter Einbindung von Flüchtlingseltern, qualitativ hochwertiger Bildungszugang für alle Schüler*innen, Übergänge von Schule ↔ Schule; Schule ↔ Ausbildung; Schule ↔ Studium, schulinterner sowie außerschulischer Qualitätssicherung, Schulprogramme sowie das unmoralische, gegenseitige Abwerben von Lehrkräften aus anderen Bundesländern.

Im Besonderen beschäftigte sich der Ausschuss mit dem Thema Ü18. In vielen Bundesländern hängt die Elternmitwirkung vom Alter des Kindes ab. Eine Argumentation, dem sich der Ausschuss nicht anschließt.

Eltern und Schule tragen einen gemeinsamen Erziehungs- und Bildungsauftrag. Diese kann nicht allein mit dem Alter des Kindes abrupt enden. In einer Bildungslandschaft, die die schulische Elternmitwirkung partizipativ anerkennt, ist eine solche bis zum Ende einer Ausbildung, also einschließlich der beruflichen Schulausbildung fest zu integrieren. Elternvertretung sollte in schulischen Einrichtungen so lange möglich sein, so lang das Kind an der Schule ist. Das Thema wird weiter ins Jahr 2019 fortgesetzt – wie auch das Thema Einstiegsqualifikationsjahr. Auch hier sieht der Ausschuss der Berufsbildenden Schulen Handlungsbedarf.

Die Mitglieder des Ausschusses der Berufsbildenden Schulen haben sich innerhalb ihres eigenen Ausschusses, aber auch im gesamten Bundeselternrat für eine noch engere Zusammenarbeit eingesetzt. Eltern können nur erfolgreich arbeiten, wenn diese Schulter an Schulter arbeiten und sich für die guten Ziele einsetzen.

2018 war ein Jahr des Abschieds. Der Kollege aus Sachsen-Anhalt und aus Niedersachsen wurden im Mai und zwei ehemalige Vorsitzende (aus Nordrhein-Westfalen und Thüringen) der Berufsbildenden Schulen wurden im Herbst verabschiedet. Mit diesen verliert der Ausschuss erneut viele Jahre an Erfahrung.



Tätigkeitsberichte

Fachausschüsse

Fachausschuss „Hauptschule“

Ein denkwürdiges Jahr geht für den Fachausschuss Hauptschulen zu Ende. Da es diese Schulart nur noch vereinzelt gibt, wurde beantragt, unseren Ausschuss aufzulösen.

Solidarisch beantragten die **Fachausschüsse Hauptschule und Realschule**, eine **Zusammenlegung der beiden Ausschüsse**, um weiterhin **alle** Schüler und **Eltern im Bundeselternrat zu vertreten**. Dieser **Antrag** wurde mit **außerordentlicher Mehrheit angenommen**.

In diesem Jahr beschäftigte uns **der bundesweite, große Lehrermangel**.

Wir setzten uns mit der unterschiedlichen Qualifizierung von Quereinsteigern und Schulleitern auseinander. Die **Qualitätssicherung** von Unterricht **muss erreicht und durchgesetzt** werden und **für Eltern sichtbar** sein.

Im Bereich der Inklusion, Integration und gleicher Bildungschancen sehen wir unser **Bildungssystem in allen Bundesländern unterfinanziert**. Dringend **notwendige professionelle Teams** – darunter verstehen wir tatsächlich sehr viele unterschiedliche Professionen – werden **nur zögerlich geschaffen**. Meist auf Projektebene. Das ist aus unserer Sicht nicht zielführend. Deshalb haben wir uns, nach anderthalb Jahren, noch einmal die Projektleitung des Projekts **„Schulgesundheitsfachkraft“** eingeladen, um von ersten Ergebnissen und Erfahrungen zu hören. Ein gemeinsames Curriculum für die Qualifizierung der Fachkräfte in Brandenburg und Hessen gibt es von Anfang an. Die Evaluation erfolgt durch die Charité Berlin. Diese Ergebnisse und Erfahrungen sollten die Grundlage für eine **bundesweite Etablierung von Schulgesundheitsfachkräften** sein. Die **Finanzierung muss vom Bund gemeinsam mit den Krankenkassen** geregelt werden. Dies **weiter zu verfolgen** und zu **forcieren**, geben wir den neuen Ausschüssen auf.

Das trifft auch für die **Standards für Inklusion** zu, die es noch immer nicht gibt, die aber genauso zu einer Bildungsgerechtigkeit gehören.

Nach wie vor beschäftigt uns der **Übergang Schule – Beruf**. Angebots- und Nachfrageprofil treffen immer weiter auseinander und die notwendigen Matchingprozesse werden nicht in den Blick genommen.

Gern hätten wir dazu noch einmal von den **Erfahrungen der Kooperativen Gesamtschule Schneverdingen** gehört. Denn dort gelingt es, über 95 % der Schüler mit dem Abschluss der Berufsmatura, in die Berufsausbildung und auch in einen Berufsabschluss zu führen. Ohne externe Hilfe. Auch dies müssen wir dem neuen Ausschuss auftragen: **Gelingende Beispiele zu verfolgen, für viele nutzbar machen und für andere Schulen die Grundlagen zu schaffen, derartiges umzusetzen**.

Nicht zuletzt haben wir uns wieder auf **Exkursion** begeben: Beim Tag der Wissenschaft haben wir den **Campus Potsdam** besucht und aus erster Hand unsere Fragen zur **Schulcloud** beantwortet bekommen. Auch lernten wir, wie Worte den Eingang in den **Duden** finden.

Der **Telegraphenberg** war unser nächstes Ziel. Ein grüner Hügel voll **geballter Wissenschaft**. Klima-, Wetter- Seismologische Forschung und deren vielfältigste Auswirkungen auf unterschiedlichste Systeme werden hier untersucht.

Über die **Auswirkungen** unseres **Klimawandels** auf das **Lernen und die notwendigen Lernbedingungen** (u.a. Schulbau), sollte sich der BER unbedingt aus erster Hand **berichten lassen**.

Ein **herzlicher** und **ausdrücklicher Dank** geht an dieser Stelle **an all die Menschen**, die seit Bestehen **des Fachausschusses Hauptschulen** im Bundeselternrat ihre **Zeit, Kraft, Ideen und Erfahrungen** eingebracht haben. Wir verleihen unserer **Hoffnung** Ausdruck, dass die **Eltern**, die wir vertraten, im **neuen Ausschuss** für Haupt- und Realschulen genauso **stark vertreten** werden und ihre **Anliegen** und **Bedürfnisse Berücksichtigung finden**.

Tätigkeitsberichte

Fachausschüsse

Fachausschuss „Gesamtschule“

In der Fachausschusssitzung im Rahmen der Frühjahrsplenartagung diskutierten die Delegierten zum Thema **„Unterrichtsqualität“**. Sie brachten ihre Thesen und Forderungen mit in die Resolution ein. Gerade der gesellschaftliche Wandel wurde in der Gruppe diskutiert und die damit verbundenen Auswirkungen auf das System Schule.

Durch das Ausscheiden des stellvertretenden Vorsitzenden, aus seiner Landeselternvertretung, wurde für diese Position eine Nachwahl erforderlich und durchgeführt.

Die notwendige Strukturänderung des Bundeselternrats wurde nochmals im Ausschuss ausführlich diskutiert.

In der Fachtagung 02, welche im Juni 2018 stattfand, wurde im Ausschuss über die Auswirkungen der Datenschutzgrundverordnung auf die Arbeit der Elternvertretungen von den jeweiligen Delegierten berichtet. Die Unterstützung der jeweiligen Kultusministerien ist unterschiedlich. Es wurde vereinbart, dass die Delegierten, die sich schon tiefer in die Materie eingearbeitet haben, ihre Ergebnisse der Gruppe zur Verfügung stellen. Allerdings können diese nur als Grundlage dienen, da jedes Ländergesetz seine individuellen Anforderungen stellt.

Passend zu dem Tagungsthema **„Der dritte Pädagoge – Zukunftsfähige Lernräume gestalten“** entspannte sich im Fachausschuss eine Diskussion über Vor- und Nachteile des Modells der Clusterschulen. Kritik wurde insbesondere daran geäußert, ob durch die Standardisierung sich das Modell einer Einheitsschule nicht wiederholt. Eine Diskrepanz zwischen Land und Stadt, Schulneu- und Umbauten wurde deutlich. Das Ergebnis der Diskussion brachten die Delegierten in die Resolution mit ein. Die Öffnung von Schulen in den Sozialraum hinein ist in einigen Kommunen schon erfolgreich umgesetzt; über diese guten Beispiele und den gegangenen Weg wurde berichtet.

Dem Gesamtschulausschuss war es besonders wichtig, darauf hinzuweisen, dass Elternvertretungen zwingend in Stadtentwicklungsausschüssen oder/und auch Stadt-/Gemeinderäten bei Beratungen über Schulumfeldplanung und Bauphasen einzubinden sind.

Die Delegierten erarbeiteten eine farbige Grafik, die die in der Republik vorhandenen Schulformen in die neu geplanten Ausschüsse des Bundeselternrats aufzeigt. Das verdeutlichte wieder eine uneinheitliche Bezeichnung der Schulformen, die sich sowohl in Abschlüssen als auch Dauer unterscheiden.

Im November fand die Herbstplenartagung statt. In der dabei stattgefundenen Fachausschusssitzung wurden die seit Juni im Delegiertenkreis verteilten länderspezifischen Ausarbeitungen zur DSGVO kurz angerissen und Nachfragen an die entsprechenden Landesdelegierten von diesen beantwortet.

In die Resolution zu dem Thema **„Demografische Entwicklung und kommunale Schulentwicklung“** brachten die Delegierten eigene Erfahrung mit ein und stellten gemeinsame Forderungen mit den anderen Fachausschüssen auf. Es wurde deutlich, dass es regionale Unterschiede gibt, ob und in welcher Weise Elternvertretungen in die Planungen zur Schulentwicklung einbezogen werden. Dieses ist auch abhängig von den Ressourcen der Gremien vor Ort. Daraus entstand eine Aufstellung, aus der die Anzahl der Mitglieder der einzelnen Landeselternvertretungsgremien ersichtlich wurde. Die Größe variiert von fünf Mitgliedern bis zu 96 Elternvertretern/innen. In diesem Zusammenhang stellten die Delegierten die etwaigen Aufwandsentschädigungen und deren Höhe im Vergleich auf und entdeckten auch hier immense Spannweiten: Der Übernahme von Verpflegungsaufwand bei Tagungsbesuchen und/oder Erstattung von Fahrt- und Sachkosten für einige Delegierte stehen, in einem Bundesland, keinerlei Kostenübernahme für die ehrenamtliche Arbeit, gegenüber.

Der Gesamtschulausschuss ergänzt seine Bezeichnung um „Gemeinschaftsschulen“ und führt fortan die Bezeichnung **„Ausschuss für Gesamt- und Gemeinschaftsschulen“**.

Tätigkeitsberichte

Fachausschüsse

Fachausschuss „Förderschule“

Zur Herbstplenartagung des Bundeselternrats (BER) im November 2017 standen im Fachausschuss (FA) Förderschule (FöS) turnusmäßig (alle 2 Jahre) wieder Wahlen für den Vorsitz und den stellvertretenden Vorsitz an. Mit Thomas Scheel aus Berlin als Vorsitzenden und Friedrich-Wilhelm Behrens aus Baden-Württemberg als Stellvertreter wurden die beiden langjährigen Delegierten des BER als Leitungsteam des FA FöS wiedergewählt und in ihrer Arbeit bestätigt.

Zur didacta 2018 in Hannover traf sich wieder ein Teil der Delegierten des FA FöS und besuchte u.a. auch den Stand des BER gemeinsam. Bei einer Podiumsrunde entdeckte der FA-Vors. Prof. Dr. Wocken unter den Zuhörern und konnte ihn für ein kurzes informelles Kennenlernen- und Fachgespräch am BER-Stand mit dem BER-Vors. gewinnen.

Im Kalenderjahr 2018 hat sich der FA schwerpunktmäßig auch dem Wunsch seiner Delegierten entsprechend auf das Thema FÖRDERSCHULE konzentriert:

Zur Frühjahrspenartagung wurden vorbereitend Länderfragen zu/r Lehr- und Lernmittelberechnung, Willkommensklassen an FöS, Klassenfahrten, Unterstützung bei der Berufsvorbereitung und Abschlussquoten im Förderschwerpunkt Lernen erarbeitet.

Für die 1. FA-Sitzung im Rahmen der Fachtagung konnte der Vors. bereits im Vorfeld Frau Prof. Dr. Moser von der Humboldt-Universität zu Berlin gewinnen. Die FA-Delegierten hatten somit in kleiner Runde die Möglichkeit für weitere Fragen zum Vortrag 'Standards für schulische Inklusion - eine problematische Leerstelle' von Frau Prof. Dr. Moser im Plenum, in dem sie bzgl. der Förderschule darauf verwies, dass es keine Standard-Debatte über das Sonderschulsystem/Förderschulsystem gibt/gab und 75% der Förderschüler*innen ohne Abschluss die Schule verlassen.

Besonders bemerkenswert vom Austausch mit Frau Prof. Dr. Moser war ein Bericht von Henrike Paede (stellv. Vors. des Bayerischen Elternverbands) zu Inklusion und Drohungen von Jugendämtern mit Entzug des Sorgerechts. Diese dienten häufig dem Zweck, das sog. verhaltensauffällige Kind - welches dann vom Schulbesuch ausgeschlossen wurde, entsprechend seinen Schulbegleiter verliert und infolge nicht mehr zur Schule gehen konnte - an eine Förderschule zu drängen oder umfassende Schweigepflichtentbindungen zu bekommen. Im selben Kontext wurde auch vom Delegierten aus dem Saarland ein Fall angeführt, in dem der Schulleiter einer Grundschule mit der Aberkennung der Vormundschaft gedroht hatte, wenn der Testung und Umschulung nicht zugestimmt werden sollte. Eine mögliche Instrumentalisierung des Jugendamts muss zumindest hinterfragt werden.

Allgemein stellte Henrike Paede für Bayern fest, dass beim Besuch einer Förderschule sämtliche Hilfen problemlos und zügig bewilligt werden. Bei Inklusion dagegen ist die Bewilligung restriktiv. Nicht selten müssen Eltern sie gerichtlich durchsetzen.

In den folgenden FA-Sitzungen wurden die Antworten auf die Länderfragen des FA gesammelt und ausgewertet.

Zur Herbstplenartagung wurden die verschiedenen sonderpädagogischen Förderschwerpunkte und entsprechenden Förderschulen in den einzelnen Bundesländern verglichen.

Ergänzend dazu haben wir uns mit den Fragestellungen beschäftigt, wo die Schüler*innen mit besonders hohem und komplexem Unterstützungsbedarf beschult werden und in welchen Bundesländern es Förderschulen in privater Trägerschaft gibt.

Bemerkenswert zur Beschulung von Schüler*innen mit hohem und komplexem Unterstützungsbedarf war/ist, dass diese überwiegend nur an Förderschulen mit den sonderpädagogischen Förderschwerpunkten Geistige Entwicklung und Körperlich-Motorische Entwicklung beschult werden.

Weiterhin haben wir uns gegenseitig innerhalb des turnusmäßigen Tagesordnungspunktes - Update Inklusion - über die aktuellen Stände und Entwicklungen in den Bundesländern zur Inklusion informiert.



Tätigkeitsberichte

Fachausschüsse

Fachausschuss „Gymnasium“

Der Ausschuss Gymnasien hat im Jahr 2018 insbesondere die thematischen Ansätze aus dem Jahr 2017 fortgeführt und für die Mitnahme der Delegierten in die einzelnen Bundesländer weiterentwickelt. Dabei wurde die Arbeit durch eine Tendenz auf Europa- bzw. Bundesebene unterstützt, wobei explizit der Bund in Kooperation mit der KMK als aktiver Unterstützer für gezielte Themen fungieren möchte. Dies befürworten die Mitglieder des Ausschusses sehr, da es seit langem die Forderung vieler BER-Delegierter ist, dass sowohl der Bund als auch die Länder Möglichkeiten zur schnellen und kooperativen Zusammenarbeit für verschiedenste Themen finden. Inzwischen haben alle für sich Bildung als die wichtigste Ressource erkannt und jedes Bundesland versucht mit verschiedenen Maßnahmen dem Rechnung zu tragen. Allerdings sind verschiedene Themen wie Digitalisierung, Personalbedarf (unter dem Anspruch der Bereitstellung multifunktionaler Teams), Inklusion oder auch (Schüler-)Beförderung in gemeinsamer Abstimmung wesentlich effektiver und nachhaltiger umzusetzen – zumindest aus Sichtweise der Elternvertreter aller Bundesländer.

Die Debatte zum stetigen Wechsel zwischen G8 und G9 hat uns unter anderem in diesem Jahr besonders aus dem Land Bayern begleitet. Hier wird mit verschiedenen Alternativen versucht, einen erneuten Wechsel zu G9 herbeizuführen. Welchen Zweck diese ständigen Wechsel zwischen den Systemen haben sollen, erschließt sich uns Eltern eher weniger. Eher steigt damit die Sorge von Eltern für die Unbeständigkeit der Schulsysteme bzw. auch die Folgeprobleme in der Anerkennung von Abschlüssen für die Studiengänge in jeweils anderen Bundesländern.

Die Mitglieder des Gymnasialausschusses würden eine Weiterentwicklung empfehlen und nicht die ständigen Änderungen. Gerade im Bezug dessen entstehen Verunsicherungen zur Anwendung von Prüfungsordnung oder der Anerkennung von Abschlüssen in anderen Studienorten. Dadurch leidet auch die Zulassung für Studienzugänge und führt letztendlich zu vermehrten Abbrüchen im Bereich der Studien- bzw. späteren Berufswahl. Dies sieht der Gymnasialausschuss als ein großes Problem und möchte sich deshalb intensiver mit dieser Thematik im Jahr 2019 befassen.

In der Fachtagung konnte sich der Ausschuss bereits in kleinen Ansätzen mit dem Thema Studienorientierung – Berufsorientierung befassen. Als klarer Konsens ergibt sich daraus, dass wir weder nur über das eine, noch das andere sprechen sollten. Letztendlich wird es immer ein Beruf sein, den die Schüler am Ende ihrer schulischen Laufbahn ausüben. Die neue Ausrichtung zur beruflichen Orientierung befürworten wir also grundsätzlich, auch wenn die einzelnen Programme dazu noch in den sogenannten „Kinderschuhen“ stecken. Eine wesentliche Rolle spielen dabei auch die Auswahl-, Zugangs- und Umsetzungsmöglichkeiten für Praktika für Gymnasiasten – welche Möglichkeiten haben die Gymnasiasten und welche Hilfe benötigen sie dazu? Welche Programme braucht es wirklich, um Gymnasiasten bei der Berufsauswahl zu unterstützen. Welche Rolle spielen in diesem Zusammenhang auch die Eltern? Damit wird sich der Ausschuss ebenfalls fortführend beschäftigen.

Der schmerzliche Punkt in Rahmen der Ausschussarbeit sind immer die Abschiede langjähriger Mitglieder. In diesem Sinne sagen wir deshalb auch dieses Jahr wieder: Vielen herzlichen DANK, diesmal an Susanne Heinz-Richter und Rainer Kleybolte für ihr Engagement im Ausschuss Gymnasien des Bundeselternrates.



Termine 2018

Planungstagung 2019

Thema 2020: Bildung 4.0—sind wir gerüstet für die Zukunft?
Potsdam, 24.-27.01.2019

didacta 2019

Köln, 19.-23.02.2019

Fachtagung 01 / 2019

Die Übergänge im Bildungssystem
Ausschüsse „Grundschulen und frühkindliche Bildung“, „Berufsbildende Schulen“ und
„Gesamt- und Gemeinschaftsschulen“
Potsdam, 29.-31.03.2019

Frühjahrsplenartagung 2019

Elternmitarbeit als Qualitätsmerkmal an Schule
Potsdam 24.-26.05.2019

Fachtagung 02 / 2019

Die Erziehungs- und Bildungspartnerschaft im Einklang mit der
UN-Kinderrechtskonvention
Ausschüsse „Förderschulen“, „Gymnasien“ und „Real- und Hauptschulen“
Potsdam, 27.-29.09.2019

Herbstplenartagung 2019

Elternmitwirkung zwischen Rechtsanspruch und Störfaktor
Potsdam, 15.-17.11.2019

Ausblick 2019

Die Tagungen des Jahres 2019 stehen unter der großen Überschrift „Eltern im Bildungssystem – was sagt die Forschung?“. Wie sieht die Elternarbeit im Bildungssystem konkret aus und welche Hürden sehen Eltern vor Ort? Wie wird das Ehrenamt unserer Elternarbeit regional und landesweit gewürdigt und welche Ressourcen stehen den einzelnen Elterngremien zur Verfügung? Wie in jedem Jahr so sollen sich auch 2019 die bundesweiten Elternvertretungen anlässlich unserer zwei Fachtagungen und der zwei Plenartagungen umfassend informieren und in einen konstruktiven Austausch treten. Dabei gehen die Delegierten auf folgende Schwerpunkte ein:

Die Übergänge im Bildungssystem. Wie werden Eltern in diesem prägenden Prozess der Übergänge an unterschiedlichen Stufen eingebunden?

Nicht nur ein Vergleich der Bundesländer, sondern auch ein Vergleich mit anderen europäischen Ländern (Irland, Niederlande, u.a.) soll uns aufzeigen, inwieweit und welche Kriterien angesetzt werden und welche konkreten Maßnahmen aus diesen Ergebnissen für Eltern und deren Kinder in der Zeit der Schulanfangsphase vorgesehen sind und greifen.

Bereits der Eingang in das Schulsystem wird maßgeblich vom Übergang aus der frühkindlichen Bildung in die Primarstufe geprägt. Eltern sind Wegbegleiter im gemeinsamen Erziehungs- und Bildungsauftrag.

Elternmitarbeit als Qualitätsmerkmal an Schule im Fokus unserer Tagungen.

Die Delegierten der Frühjahrspenartagung 2019 werden die Fragen nach regelmäßigen Qualitätsanalysen der Elternarbeit an Schulen erforschen und zu empfehlende Standards vorschlagen bzw. benennen, um hier einen Beitrag zur Entwicklung von Standards im Rahmen der Elternmitarbeit zu leisten. Inwieweit kann die Bildungsforschung hierzu einen Beitrag leisten?

Ferner wollen wir untersuchen, inwieweit hierzu Forschungsergebnisse und Studien zur Wirksamkeit von schulischer Elternmitwirkung schon praktisch gelebt werden.

Die Erziehungs- und Bildungspartnerschaft im Einklang mit der

UN-Kinderrechtskonvention. Unter diesem Thema steht die zweite Fachtagung im Jahr 2019. Ein gesundes, gewaltfreies, partizipatives und chancengleiches Aufwachsen der Kinder sind die grundlegenden Forderungen der UN – Kinderrechtskonvention. Es ist nicht nur Anliegen der Eltern, sondern ein gesamtgesellschaftlicher Auftrag, diese umzusetzen.

Die Sicherstellung der Kinderrechte im Bildungsweg ist eine gemeinsame Aufgabe der Eltern und der Bildungseinrichtungen.

Welche Problemfelder können identifiziert werden und welche Möglichkeiten haben Eltern, Schule und SchülerInnen, die Einhaltung der Rechte zu gewährleisten?

Elternmitwirkung zwischen Rechtsanspruch und Störfaktor. In der öffentlichen Bildungsdiskussion ist der Begriff der Bildungs- und Erziehungspartnerschaft (gegenwärtig) positiv belegt. Es wird eine Partnerschaft in „Augenhöhe“ postuliert. Dennoch zeichnet der Alltag in der Schulpraxis oftmals ein anderes Bild.

Diese verschiedenen Sichtweisen, ihre Ursachen und die damit einhergehenden Probleme sollen im Rahmen der Herbstplenartagung fokussiert werden. Workshops sollen die Gesamthematik des Jahresthemas abschließend beleuchten und die Ergebnisse präsentieren.

Vernetzung

Der Bundeselternrat arbeitet mit verschiedenen Partnern thematisch zusammen bzw. ist in Arbeitskreisen und Fachforen vertreten:



Allgemeiner Schulleitungsverband Deutschlands e. V. (ASD)
www.schulleitungsverbaende.de



Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung (DGUV) www.dguv.de



Grundschulverband e.V. (GSV)
www.grundschulverband.de



Konferenz der Schulaufsicht in der Bundesrepublik Deutschland e. V. (KSD) www.ksdev.de



Stiftung LESEN
www.stiftunglesen.de

Unabhängiger Beauftragter für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs (UBSKM)

<https://beauftragter-missbrauch.de>



Verband Bildungsmedien e. V. (VBM)

www.bildungsmedien.de



European Parents Association (EPA)
<http://euparents.eu>

Bundesschülerkonferenz (BSK)

Für die Unterstützung danken wir besonders folgenden Organisationen:

- Bundesministerium für Bildung und Forschung www.bmbf.de
- DLR Projektträger | Ganztagsforschung, Allgemeine Bildung www.dlr.de
- Verband der Bildungsmedien www.bildungsmedien.de
- Seminaris Seehotel Potsdam www.seminaris.de/hotels/seminaris-seehotel-potsdam.html

Impressum

Herausgeber:

Bundeselternrat

Bernauer Str. 100

16515 Oranienburg

Tel: 03301-5755-37

Fax: 03301-5755-39

Email: info@bundeselternrat.de

Internet: www.bundeselternrat.de

Verantwortlich: **Stephan Wassmuth**

Redaktion: **Stephan Wassmuth**

Martina Richter

Erika Takano-Forck

Marc Keynejad

Layout: Bundeselternrat

Druck:

Bildnachweis: Bundeselternrat

Für eine bessere Lesbarkeit haben wir weitestgehend auf eine geschlechter-spezifische Differenzierung verzichtet. Im Sinne der Gleichbehandlung gelten entsprechende Begriffe für alle Geschlechter.

Stand: Dezember 2018

© Bundeselternrat

www.bundeselternrat.de
